

Sitzung vom 27. August 2015

Nachrichten aus dem Zentralvorstand

Verordnung zur Datenübermittlung der Leistungserbringer – Die FMH sowie weitere angeschlossene Mitgliederorganisationen fordern eine grundlegende Überarbeitung des Verordnungsentwurfes über die Krankenversicherung (KVV), zu welchem das eidgenössische Departement des Innern eine Anhörung durchführt. Kritisiert wird u.a., dass die gemäss Verordnung gesammelten Daten eindeutig über die in Art. 22a KVG definierte gesetzliche Regelung hinauschiessen. Zudem widerspricht der Verordnungsentwurf in wesentlichen Teilen dem Gesetz.

Sektorenübergreifender Behandlungspfad Kolorektalkarzinom – 2013 startete das Pilotprojekt «Sektorenübergreifender Behandlungspfad Kolorektalkarzinom» mit dem Ziel, anhand eines ausgewählten Krankheitsbildes einen nationalen Behandlungspfad zu erarbeiten. Ende Juni 2015 wurde nun ein erster Meilenstein erreicht: 21 Fachgesellschaften und Berufsgruppen legten gemeinsam fest, welche Behandlungsschritte bei Patienten mit Kolorektalkarzinom idealerweise wann ausgelöst werden. Voraussichtlich im Herbst 2015 steht die Vernehmlassung des Dokuments bei den beteiligten Fachvorständen an. Ebenso wurde die FMH eingeladen, dieses Projekt an der diesjährigen International Care Pathway Conference vorzustellen.

Kontinuierlicher Verbesserungsprozess für Ringversuche in Labors – Die Schweizerische Kommission für Qualitätssicherung im Medizinischen Labor (QUALAB) hat einen kontinuierliche Verbesserungsprozesses (KVP) erarbeitet, welcher ausgelöst wird, wenn eine Analyse bei einem Ringversuch ausserhalb der QUALAB-Toleranzen liegt. Der Prozess schlägt ein stufenweises Vorgehen vor mit dem Ziel, sowohl Fehler zu identifizieren, welche zu einem Wert ausserhalb der Toleranz geführt haben, als auch Verbesserungsmassnahmen innerhalb des Labors zu definieren, um schliesslich die Genauigkeit der Analyse zu erhöhen. Der Zentralvorstand unterstützt das Anliegen der QUALAB, das Verfahren KVP freiwillig in den medizinischen Labors zu implementieren.

Strategie NOSO – Der ZV begrüsst die vom Bundesrat vorgeschlagene Nationale Strategie zur Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von therapieassoziierten Infektionen. Als besonders positiv ist u.a. der «One Health»-Ansatz zu bewerten ebenso wie die konsequente Umsetzung und Überwachung bereits bestehender Massnahmen. Betreffend letzteren ist darauf zu ach-

ten, dass sowohl entsprechende Ressourcen als auch die Finanzierung gewährleistet sind. Für das Expertengremium regt die FMH an, auf kompetente Spezialisten aus den medizinischen Fachgesellschaften zurückzugreifen. **Qualitative Dignitäten und TARMED-Gesamtrevision** – Die qualitative Dignität wurde bei der Einführung des TARMED 2004 implementiert und gibt an, welche Weiterbildungstitel (Facharztstitel, Schwerpunkt, Fähigkeits-/Fertigkeitsausweis) berechtigen, eine Leistung zulasten der Sozialversicherungen abzurechnen. Diese Dignitäten, welche bei jeder Tarifposition hinterlegt sind, werden oft und strittig diskutiert. Im Rahmen der Gesamtrevision des TARMED stimmt der ZV zu, KVG-konform qualitative Dignitäten einzelfallweise den einzelnen Tarifposition zu hinterlegen gemäss klarer, nachvollziehbarer Kriterien und unter Gleichbehandlung aller Facharztgruppen.

SAMW-Richtlinie zu Zwangsmassnahmen – Der ZV begrüsst den Richtlinienentwurf als wichtigen Referenztext. Die jüngsten Entwicklungen und Erfahrungen im Bereich des Erwachsenenschutzrechts machen deutlich, dass grundsätzlich der Arzt viele Verantwortungen für Zwangsmassnahmen übernimmt. Unter anderen Vorschlägen regt der ZV an, die Richtlinie so auszugestalten, dass die Texte möglichst einfach und klar verständlich sind.

Ergänzung der FMH-Statuten betreffend Datenschutz – Weil die FMH-Statuten bis anhin noch keine Bestimmungen über den Datenschutz enthalten, schlägt der ZV eine entsprechende Ergänzung sowohl in den Statuten als auch der Geschäftsordnung der FMH vor. Ebenso befürwortet er eine Schulung des ZV, der Mitarbeitenden des Generalsekretariates sowie der Organe der FMH. Die entsprechenden Ergänzungen werden Ende Oktober 2015 der Ärztekammer vorgelegt.

I-Governance – Das Generalsekretariat der FMH verfügt über kein einheitliches Informationsmanagement, welches den Anforderungen eines gesetzeskonformen Record Management Systems (RMS) entspricht. Um eine einheitliche Aktenführung zu etablieren und dadurch Mehrfachablagen sowie aufwändiges Suchen zu vermeiden, wurde das Projekt I-Governance gestartet. Die erste Phase schloss man im Juni 2015 erfolgreich; in der nächsten Phase werden nun die Grundlagen für den Aufbau einer ganzheitlichen, aufgabenorientierten und elektronischen Aktenführung erstellt.